

Arbeitskreis 1

**„Umfassende Sicherheit in einer vernetzten Welt –
Schlussfolgerungen aus dem GSVP-Review“**

Vorsitz: Prof. Dr. Tilman Brück

Direktor, Stockholm International Peace Research Institute, Solna

Berichterstattung: Britta Sandberg

Ressortleiterin Ausland, „Der Spiegel“, Hamburg

Arbeitskreis 2

„Europa 2020 - Impulse für die Zukunft“

Vorsitz: Prof. Hubert Wachter

Senior-Editor des Nachrichtenmagazins „NEWS“, Wien

Berichterstattung: Univ.-Prof. Dr. Peter Filzmaier

Professor für Politikwissenschaft, Donau-Universität Krems, Krems

Arbeitskreis 3

**„Freihandelsabkommen der EU mit strategischen Partnern als Patentrezept
für Wirtschaftswachstum?“**

Vorsitz: Martin Gebhart

Chefredakteur, Wochenzeitung „Niederösterreichische Nachrichten“, St. Pölten

Berichterstattung: Univ.-Prof. Dr. Mag. Gudrun Biffl

Dekanin, Fakultät für Wirtschaft und Globalisierung,
Donau-Universität Krems, Krems

Arbeitskreis 4

„25 Jahre Umbruch – Was wurde aus den großen Erwartungen?“

Vorsitz: Dr. Martin Eichinger

Botschafter, Leiter der Kulturpolitischen Sektion,
Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, Wien

Berichterstattung: Mercedes Echerer

Künstlerin, Moderatorin und ehem. Abgeordnete, Wien

Arbeitskreis 1

**„Umfassende Sicherheit in einer vernetzten Welt –
Schlussfolgerungen aus dem GSVP-Review“**

Vorsitz: Prof. Dr. Tilman Brück

Direktor, Stockholm International Peace Research Institute, Solna

Berichterstattung: Britta Sandberg

Ressortleiterin Ausland, „Der Spiegel“, Hamburg

Prof. Lendvai

Erster Arbeitskreis: Können Sie uns Ihre Zusammenfassung mitteilen?

Britta Sandberg:

Wir haben uns im Panel schnell geeinigt, das Thema grundsätzlicher zu diskutieren und uns von der Vorlage des Europäischen Rates vom Dezember 2013, die erstmals vorrangige Maßnahmen für eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Komplementarität mit der NATO im Rahmen der vereinbarten Partnerschaft zwischen EU und NATO nahelegte, zu lösen. Festhalten kann man schon jetzt: die gesamte Diskussion im Panel stand bei allen Teilnehmern stark unter dem Eindruck der Ukraine-Krise, die alle als Testfall für eine gemeinsame Sicherheitspolitik sahen. Begonnen haben wir die Diskussion mit einem Beitrag des stellvertretenden Minister für Auswärtige und Europäische Angelegenheiten der Republik Kroatien, Joško Klisović, der uns erst einmal kurz und knapp auf einige geopolitische Zusammenhänge hinwies: Wenn Amerika niest, dann verkühlt sich Europa – Und wenn Russland niest, dann bekommt Europa eventuell auch noch Kopfschmerzen dazu.

Klisović stellte vor allem die Frage, wie ernst wir es eigentlich mit einer gemeinsamen Sicherheitspolitik meinen und wie viel wir bereit sind, in eine solche zu investieren. Wie viel ist uns ein solches System wert? Und, nächste Frage: sollten unsere politischen Ambitionen in dieser Angelegenheit tatsächlich, wie es derzeit der Fall ist, Fragen und Zwänge des Budgets unterliegen? Aus kroatischer Sicht beschrieb er dann, dass in Krisenfällen wie den derzeitigen nach wie vor der Reflex sich der NATO zuzuwenden sehr viel ausgeprägter ist und betonte die Notwendigkeit von mehr Synergien zwischen NATO und EU. Ein Ziel müsse mehr Kooperation zwischen diesen beiden Partnern sein.

Der Schweizer Botschafter und sicherheitspolitische Direktor des Departements für Auswärtige Angelegenheiten in Bern, Benno Laggner, skizzierte im Anschluss fünf Punkte, die den Schweizern Sorge machen, bzw. die sie als mögliche, aktuelle Bedrohungen mitten in Europa sehen: 1. Den illegalen Besitz von Dateien und Informationen aus dem Internet, also alles, was sich unter Cyberwar zusammenfassen ließe 2. Terroristische Bedrohungen, worunter er auch Djihadisten, die aus Europa in den syrischen Krieg ziehen, zählte 3.

Naturkatastrophen, von denen gerade die Schweiz immer wieder betroffen ist 4. Jede Art von Kriminalität und Organisierter Kriminalität – aktuell gebe es in Europa keine Struktur, die für diesen Kampf richtig aufgestellt sei 5. Die Gefahr eines militärischen Angriffs. Jeder dieser Punkte habe jeweils transnationale Dimensionen, die die Frage der Kooperation mit den europäischen Partnern aufwerfen.

Die wiederum stellt sich für die CH in besonderer Weise, da sie ja mit der NATO nur durch das "Partnership for Peace" verbunden ist. Und es als einzige Organisation nur die OSZE gibt, bei der sie vollwertiges Mitglied ist. Laggner betonte die wichtige Rolle der OSZE als einzige Organisation, die eine neutrale Rolle spielen kann, wie jetzt zur Zeit unter Führung des Schweizer Bundespräsidenten Burkhalter in der Ukraine. Die OSZE versucht dort gerade unter enormen Zeitdruck eine road map bis zum Wahltermin am 25.5. durchzusetzen. Diese road map hat vier Punkte: Ende der Gewalt, Deeskalation, ein ordnungsgemäßer Ablauf der Wahlen sowie die Förderung eines nationalen Dialogs Die entscheidende Frage für unsere Runde war, wird die OSZE in der Lage sein, den Testfall zu bestehen und ergibt sich hieraus wiederum vielleicht in Zukunft eine neue Rolle für sie im europäischen Krisenmanagement? Botschafter Laggner war auch davon überzeugt, dass die NATO sich angesichts der Ukraine-Krise verändern bzw. neu positionieren wird in Bezug auf "crisis management" und "cooperative security“, vernetzte Sicherheit. Auch da aber wies er wieder auf die besondere Schweizer Situation hin, die bei der "smart defense" sich selbst enge Grenzen zieht, da sie als neutrales Land von der Prämisse ausgehen muss, sich nur auf sich selbst verlassen zu können (und nicht Teile ihrer Sicherheitspolitik auf europäische Nachbarn übertragen kann).

Unser polnischer Kollege, Kasimierz Sikorski, Direktor der Abteilung für strategische Analysen im nationalen Sicherheitsbüro, sorgte sich darum, wie wenig die europäische Sicherheitspolitik auf schnelles Krisenmanagement mit klar definierten Ansprechpartnern ausgerichtet ist. Außerdem habe die Komplexität von Sicherheitsthemen immer mehr zugenommen in den vergangenen Jahren, die Strategien seien dem aber nicht angepasst worden. General Sikorski sah den dringenden Bedarf einer besseren Koordination der Sicherheitspolitik und forderte eine Art Masterplan für neue Strategien. Dieser Plan soll u.a. helfen zu definieren, wie Europa in Krisensituationen schnell reagieren und sich untereinander abstimmen kann, in dem es z. B. folgende Fragen beantwortet:

- Welche Art von Mission ist im jeweiligen Krisenfall geboten?
- Wie schätzen Partner verschiedene mögliche Szenarien zur Krisenbewältigung ein (evaluation)?
- In welchen Fällen soll die EU dabei eine Rolle spielen?

- Welche Möglichkeiten haben wir, hat die EU für "covert actions", also für verdeckte Operationen?

Insgesamt stellte er die Forderung nach einem klar strukturierten Dialog der europäischen Partner mit einer ebenso klar definierten Terminologie, bei der nicht mehr alle unter verschiedenen Termini etwas anderes verstehen, wie es jetzt der Fall zu sein scheint. Im Idealfall stünde am Ende die Schaffung eines europäischen Councils, eines Boards, ausgestattet mit exekutiven Kompetenzen.

Auch Kurt Hagers Beitrag stand sehr unter dem Eindruck dessen, was gerade in der Ukraine passiert. Der österreichische Leiter des Büros für Sicherheitspolitik im Bundesministerium für Inneres beschrieb darüber hinaus neue Bedrohungsszenarien: den Terrorismus, grenzüberschreitende Kriminalität und OK, illegale Einwanderung und Cyberwar. Das bedeute teilweise, dass die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Dezember 2013 zu einer gemeinsamen Sicherheitspolitik in die richtige Richtung gingen, aber noch nicht ausreichend seien (Steigerung der Effizienz und Sichtbarkeit der GVSP), Stärkung der militärischen Kooperation und der europäischen Verteidigungsstrategie.

Eine zentrale Frage des Panels: wie soll all das, in Zeiten von Budgetkürzungen und dem Runterfahren militärischer Mittel, möglich sein? Wie soll in militärische Forschungsprojekte investiert werden? Womit wir dann bei der Frage des Anfangs wieder waren, was können wir uns leisten, wie können militärische Ausgaben besser aufeinander aufteilen? Wie weit sind wir beim Konzept von „smart defense“ und "sharing und pooling"? Wir haben noch immer Sicherheitspolitik mit den Strukturen der Vergangenheit, mit vielen verschiedenen Panzerarmeen und Luftaufklärungssystemen. Es gebe eine Lösung für all diese Fragen, auch in Zeiten von knappen Budgets. Europa stünde besser da, wenn Kapazitäten auf die Partner verteilt würden, ausgerichtet an ihren Stärken. Das aber würde bedeuten, nationale Souveränität abzugeben und 100 Prozent den anderen zu vertrauen. Am Ende einer solchen Entwicklung könnte eine europäische Armee stehen. Aber sind die Europäer so weit, jenseits von politischen Willenserklärungen? Es gab dazu keine Einigkeit in der Runde, aber Einigkeit darüber, dass das einzig Gute der Ukraine-Krise sein könnte, dass sie Überlegungen für eine gemeinsame Sicherheitspolitik forciert und beschleunigt und vielleicht der OSZE demnächst eine gewichtigere Rolle zukommen könnte.

Ich habe jetzt bestimmt viele Details vergessen, aber das war im Wesentlichen das, was wir besprochen haben.

Prof. Lendvai

Vielen herzlichen Dank für die sehr gründliche Zusammenfassung.

Arbeitskreis 2

„Europa 2020 - Impulse für die Zukunft“

Vorsitz: Prof. Hubert Wachter

Senior-Editor des Nachrichtenmagazins „NEWS“, Wien

Berichterstattung: Univ.-Prof. Dr. Peter Filzmaier

Professor für Politikwissenschaft, Donau-Universität Krems, Krems

Prof. Lendvai

Jetzt kommen wir zum zweiten Arbeitskreis „Europa 2020 – Impulse für die Zukunft“, Herr Professor Filzmaier.

Univ.-Prof. Dr. Peter Filzmaier

Guten Morgen! Danke für die Einladung. Ich versuch's gar nicht erst, alle Referate zusammenzufassen, denn unser Thema war die EU-Strategie 2020 als Wachstumsstrategie. Wenn wir hier drei Prioritäten haben, ein intelligentes, integratives und nachhaltiges Wachstum und fünf Themenbereiche – von Bildung über Forschung & Entwicklung bis Klimawandel und Armut – dann wurde, und das möchte ich tun, um die Diskussionen transparent machen, natürlich im Arbeitskreis einmal beklagt, in zwei Stunden können wir das nicht einmal ansprechen, geschweige denn abhandeln, worauf ich dann gemeint habe, das ist nett, dass ihr das bedauert, denn ich habe das Himmelfahrtskommando, es in fünf bis sieben Minuten zusammenzufassen.

Die zweite, vielleicht einleitende Bemerkung im Sinne der Transparenz des Diskussionsverlaufs, die ich machen möchte, wir hatten auch zwei „Off Topic“-Referate, nämlich zum Verhältnis der EU zu Bosnien und Herzegowina und auch kurz zu Montenegro. Das hat jetzt natürlich mit den Zahlenzielen, die die 28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sich in der Strategie 2020 gegeben haben, weniger zu tun. Es hat mich aber trotzdem beeindruckt, und ich möchte es ansprechen, weil es etwas mit der Verantwortung der EU zu tun hat, gerade so knapp vor einer demokratischen Wahl, die uns bevorsteht, beispielsweise in Bosnien-Herzegowina, als angesprochen wurde wie sehr Forschungsförderung

noch mit ethnischer Zugehörigkeit zu tun hat oder sich davon lösen muss, oder dass es beispielsweise sehr viele Bildungsinstitutionen gibt, aber kein wirklich zuständiges Unterrichtsministerium, obwohl ich mir gedacht habe, das muss nicht immer ein Nachteil sein.

Dritter Punkt, da müsste ich um Entschuldigung bitten, wenn zwei Universitätsrektoren im Arbeitskreis über die Strategie 2020 diskutieren, wo ein Kernziel die Bildung ist, dann bin ich natürlich der Befangenheit verdächtig, das in den Mittelpunkt zu stellen, vor allem, wenn einer dieser Rektoren mein Chef ist.

Daher zum Thema Bildung: Es ging um die Bildungsziele – Senkung der Schulabbrecher, Quote und Erhöhung der Zahl der Hochschulabsolventen. Die Bilanz war zweierlei. Österreichspezifisch war sie so, wie gut Österreich und Niederösterreich dasteht, also die Senkung der Zahl der Schulabbrecher unter 10 % ist längst erreicht und die Zahl der Hochschulabsolventen unter Einbeziehung der berufsbildenden höheren Schulen über 40 % ist auch erreicht, es war aber auch eine kurze Ansprache, und das sollte nachdenklich machen, wie sehr das nicht ein Beispiel ist, Bildung ist keine EU-zentrale Kompetenz, dass man hier trotzdem EU-koordinativ vorgehen kann und natürlich auch diskutieren muss, neu, was könnte auch bildungszentrale Kompetenz sein.

Beim Thema Forschung & Entwicklung hat Österreich nicht alle Ziele in Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreicht wie viele andere Länder auch nicht. Die Botschaften, die ich mitgenommen habe aus dem Referat waren aber zwei andere, erstens, gerade auch bei der Grundlagenforschung, es braucht natürlich Institutionenförderung, es braucht aber auf jeden Fall auch wettbewerbsorientierte Förderung, also wir müssen uns bewerben um Forschungsgelder und uns nicht auf das Gießkannenprinzip, das zwangsweise zur Tröpfcheninfektion führt, verlassen.

Das zweite ist natürlich, so verstehe ich meine Rolle auch, ein Appell an die Politik hier, Sparpakete sind das Modewort des Jahres oder in Deutschland wurden sie einmal vor vielen Jahren als „Unwort“ des Jahres bezeichnet, es ist nicht sehr rentabel, die Forschung hier an die erste Stelle beim Sparen zu nehmen, das haben wir in unserer Befangenheit betont.

Das Thema Wirtschaftswachstum, wo Europa nicht so wächst wie andere Regionen dieser Welt stammt von der Referentin, IBM-Vizepräsidentin, im Zeichen der ICT, also moderner Informations- und Kommunikationstechnologien. Ich glaube, man muss sich veranschaulichen, und das wurde auch ausgeführt, wie alltäglich und wie dramatisch unser Leben verändernd die sind.

Fast alle hier haben wir ein Smartphone und das wenigste, was wir damit tun, ist telefonieren. Wenn Sie an GPS-Systeme im Auto denken, dann ist das ja nicht nur, damit wir schneller irgendwo hinkommen, wo wir nicht wissen, wo wir hinwollen, sondern ich kann für die Wirtschaft wie für die Privatperson den Verkehr ganzer Städte steuern, schnell mit öffentlichen Verkehrsmitteln reagieren und so weiter und so fort und, das hat mich sehr beeindruckt, wie die Themen zusammenhängen, wir wissen, das wurde ausgeführt von der Referentin, nicht mein Wissen, dass speziell im Pflegebereich wir viele neue Arbeitskräfte brauchen werden, bis zu einer Million in absehbarer Zeit.

Gleichzeitig wissen wir auch, dass die qualifizierten Arbeitskräfte da noch fehlen. Also, hier durch Datenbestände einerseits zu suchen, wo sind die, wie kann man die motivieren, dort, wo man sie braucht, auch zu arbeiten, wo kann man sie besser ausbilden, das ist eine Herausforderung in der EU, die leider nur in einem Nebensatz andiskutiert wurde, das korreliert natürlich auch mit Datenschutz, also dass man hard skills in Daten erfasst, um hier Arbeitsmarktpolitik zu betreiben, wird niemand bestreiten, wenn man auch soft skills und soziale Kompetenzen beim Thema „Pflege von Menschen“ erfasst, kann es auch mit Datenschutz sensibel werden.

Last but not least das Thema Energie. Auch hier ist die Bilanz für die Europäische Union positiv, die 20-20-20-Ziele bei der Energieeffizienz, bei der Senkung des CO₂-Ausstoßes, bei dem Umstieg auf erneuerbare Energien, da ist man auf dem guten Weg, viele werden vor 2020 erreicht sein.

Aber, es waren die Botschaften auch, zielgerichteter individuell fördern, wo es natürlich Interessenskonflikte gibt – wenn ich private Energieproduktion mehr fördere –, große Energiefirmen haben naturgemäß große Kraftwerke und nicht kleine private Haushalte, und es ist auch der Gegensatz staatliche Regulierung und Wettbewerb angesprochen worden, bei den Netzen ist das eine öffentliche

Aufgabe und dafür auch zu sorgen, dass Energiesicherheit besteht, und die Politik wurde – das erspare ich den anwesenden Politikern nicht – um mehr Ehrlichkeit auch gebeten. Das Beispiel war, man kann nicht Kohleabbau fördern, um Arbeitsplätze zu sichern und nachher argumentieren, Kohle ist billiger als andere alternative, umweltfreundlichere Energieformen.

Das war meine Kurzzusammenfassung der Inhalte der Referate. Ich habe zwei rote Fäden entdeckt, das eine ist, wie sehr hängen die Themen zusammen? Ich sage es salopp. Wer nicht kapiert hat, dass Arbeitsmarktpolitik von den Bildungszielen abhängt, der hat wirklich nichts verstanden, genauso, wenn ich nicht erklären kann, warum Energiebewusstsein wichtig ist, dann bin ich in der Bildungspolitik gescheitert und nicht in der Energiepolitik, denn da versteht man das nicht, und das ist nicht die Schuld des Einzelnen, sondern das ist ein extremes Versäumnis der Bildungspolitik.

Das zweite, nicht fertig Diskutierte, das möchte ich mitgeben, weil es vielleicht häufig ein Kardinalfehler der EU sein kann: Was bedeutet das alles für mich im Alltag, privat und beruflich, und zwar als Einzelperson, denn es wurde angesprochen, die Ziele der Strategie 2020 sind zunächst Prozentzahlen, enorm wichtig, weil politische Absichtserklärungen nicht rechtlich verbindlich auf höchstem Niveau, aber, was mache ich mit dieser Prozentzahl in meinem Haushalt, in meinem Berufsleben?

Das würde ich als offene Frage im Raum stehen lassen. Es wurde angesprochen. Wir haben es nicht geschafft, es befriedigend – immer über Stehsätze hinaus – zu beantworten.

Prof. Lendvai
Danke vielmals.

Arbeitskreis 3

„Freihandelsabkommen der EU mit strategischen Partnern als Patentrezept für Wirtschaftswachstum?“

Vorsitz: Martin Gebhart

Chefredakteur, Wochenzeitung „Niederösterreichische Nachrichten“, St. Pölten

Berichterstattung: Univ.-Prof. Dr. Mag. Gudrun Biffl

Dekanin, Fakultät für Wirtschaft und Globalisierung,
Donau-Universität Krems, Krems

Prof. Lendvai
Frau Professor!

Univ.-Prof. Dr. Mag. Gudrun Biffl

Herzlichen Dank. Guten Morgen auch von meiner Seite. Dieser Arbeitskreis hat sich fokussiert auf zwei der wesentlichsten Partnerschaften, die eine hinüber nach den USA und die andere hinüber nach Japan.

Es war fachlich sehr fokussiert, herausfordernd, und ich möchte daher an den Beginn die Daten setzen, über die dann auch diskutiert worden ist, nur, dass wir sie als Gesamtes sehen. Es ist herausgearbeitet worden, dass als Reaktion auf die Wirtschaftskrise 2008, die ihren Ursprung in einer Finanzkrise in den USA hatte und in der Folge dann auch nach Europa übergeschwappt ist, genauso wie Sie das vorhin angeschnitten haben, und damit indirekt auch Auslöser für die Eurokrise wurde, also da setzte man in Europa, aber genauso auch in den USA und auch in Japan große Hoffnung auf Freihandelsabkommen zur Ankurbelung der Wirtschaft.

Mit diesem Ziel wurden die schon etwas müde gelaufenen Gespräche zur Schaffung einer transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft, TTIP (T-TIP) wie die Amerikaner es nennen, wir sagen eher TTIP, zwischen den USA und der EU, die also auf die 1990er Jahre zurückgehen, die aber irgendwo nicht so ganz ernst genommen worden sind, in der Zeit, wo man auch die NATO nicht so ernst genommen hat, man hat geglaubt, die Zeiten sind vorbei, das war die Grundidee einer Wirtschafts-NATO. Diese Grundidee wurde wieder aufgegriffen, und zwar im Jahr 2011, mit der Schaffung einer task force. Hinter dieser task force stand auch viel Forschung auf beiden Seiten des Atlantik, wo man den potenziellen Effekt auf das Wirtschaftswachstum und den Arbeitsmarkt diesseits und jenseits des Atlantik untersucht und berechnet hat mit komplexen Forschungsmethoden. In ihren Beiträgen sind sowohl Direktor Bruce Stokes von den USA, vom Pew Research Center, als auch die Staatsrätin Luminita Obobescu von Rumänien auf Zahlen eingegangen.

Es gibt natürlich ambitionierte und weniger ambitionierte Entwicklungen in diesem transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen. Ich habe mich jetzt einmal konzentriert auf die Studien der London School of Economics dazu, und derzufolge wäre der Einfluss auf Europa eine jährliche Mehreinnahme von 119 Milliarden Euro, das wäre ca. 1 % des BIP, in Äquivalenz, wenn wir es jetzt am BIP messen, vergleichbar mit der Wertschöpfung von Dänemark.

Den USA würde das etwa 95 Milliarden Euro pro Jahr bringen, und dem Rest der Welt, nur das uns klar ist, dass so ein Freihandelsabkommen nicht nur Europa und den USA etwas bringt, sondern auch dem Rest der Welt, hier 100 Milliarden Euro.

Die Gesamtexporte würden in der EU um 6 % und in den USA um 8 % steigen, insgesamt würden in der EU ebenso wie in den USA Arbeitsplätze geschaffen und das Ausmaß der Schaffung von Arbeitsplätzen hängt aber davon ab wie stark die Arbeitsproduktivität und die Löhne steigen würden. Die Schätzungen reichen so grosso modo von 500.000 bis zwei Millionen Arbeitsplätze. Wenn wir auf die Zwei-Millionen-Grenze kommen, dann muss man eigentlich schon auch das Abkommen mit Japan vor Augen haben.

Insgesamt wird es Gewinner und Verlierer geben in dieser Situation eines verstärkten Wettbewerbs, jedoch wird erwartet, dass nicht mehr als 0,2 bis 0,5 % des EU-Erwerbspotenzials die Wirtschaftsbranche wechseln müssen; innerhalb der Branche – die Berechnungen gibt es dazu nicht.

Wenn ich vor Augen führen darf, um wie viele Menschen es hier geht angesichts eines Arbeitskräfteangebots oder -potenzials in Europa von 240 Millionen – in den EU-28 handelt es sich um etwa 4,8 bis 12 Millionen Menschen, also kleine Zahlen sind das nicht. Wenn wir uns vielleicht die Arbeitslosenzahlen in Europa vor Augen führen mit 26 Millionen, die Hoffnung ist ja, dass es im Endeffekt diese Arbeitslosenzahl reduziert wird, aber vorübergehend wird es eindeutig zu Steigerungen der Arbeitslosigkeit führen.

Das bedeutet, dass der Wettbewerb und die regionale Spezialisierung auf bestimmte Produktionsprozesse in einer Wertschöpfungskette nicht ausgeprägter sein wird, allerdings als das, was Europa im Gefolge der europäischen Integration einerseits und der Erweiterungen der EU andererseits erlebt hat.

Ziel der Freihandels- und Investitionsabkommen ist die Harmonisierung von unterschiedlichen Standards, also das Wort wurde geprägt „overcome regulatory nationalism“, dass das ein Ziel wäre, der Schutz der Eigentumsrechte, insbesondere Intellectual Property Rights, die Vertiefung der Investitionsbeziehungen, verbesserte Datenflows, Mechanismen zur Regelung von Rechtsstreitigkeiten, also das ist ein besonders wichtiges Thema.

Zu den Impulsreferaten: Bruce Stokes hat ein flammendes Plädoyer gebracht für TTIT und meinte, dass es eine Chance ist, ein Zeitfenster, das es zu nutzen gilt. Er brachte Daten aus einer jüngsten Meinungsumfrage unter US-Amerikanern und Deutschen. In beiden Populationen gibt es eine sehr hohe positive Einstellung der Bevölkerung gegenüber einem derartigen Handelsabkommen, etwa 70 % Zustimmung in beiden Bereichen, Männer sind stärker pro Handelsabkommen als Frauen und Deutsche sind etwas vorsichtiger als Amerikaner, was die Zustimmung zu einem verstärkten internationalen Wettbewerb anbelangt.

Frau Dr. Luminita Obobescu konterte, dass eine derartige Befragung unter der rumänischen Bevölkerung wohl weniger euphorisch ausfallen würde, trotzdem gibt es aus der Perspektive der neuen EU-Mitgliedsstaaten wohl keinen besseren Weg, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln als über Handelsabkommen. Das war auch der Weg, der für Rumänien und viele andere osteuropäischen jetzt EU-Mitgliedsländer, der beschritten worden ist, der begann mit Freihandelsabkommen 1991. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, dass auch Österreich damals im Jahr 1991 die Europe Agreements unterschrieben hat, obwohl wir noch nicht Mitglied der EU waren.

Die wesentlichen Reformen, die notwendig waren, um am Binnenmarkt teilhaben zu können, betrafen die rechtlichen Rahmenbedingungen für Handel und FTI, also Investitionen. Es war kein einfacher Prozess und traf einige Branchen und Berufe hart, meinte sie. Heute allerdings gehen etwa 65 % des Handelsvolumens in die EU, und FTI hat sich vervielfacht und die wirtschaftliche und soziale Lage hat sich laufend verbessert nach der Transission-Krise.

Jetzt suchen Rumänien und andere zentral-osteuropäische EU-Mitgliedsstaaten

strategische und wirtschaftliche Partnerschaften mit Ländern wie Moldawien, Ukraine und Georgien, Österreich sieht im Balkan eine wichtige strategische Partnerschaft und diese Partnerschaften verfolgen nicht nur wirtschaftliche Ziele, sondern wollen auch zur politischen Stabilisierung und zur Verbesserung der sozialen Lage in diesen Regionen beitragen.

Eine neue Perspektive hat Minister Manabu Miyagawa eingebracht, indem er auf das Freihandelsabkommen der EU mit Japan eingegangen ist, also eine economic partnership agreement, also schon wirtschaftliche Partnerschaft. Die Gespräche dazu wurden im Mai 2011 begonnen, also Sie sehen sehr stark den Fokus, indem man aus der Wirtschaftskrise herauskommt, sieht man eindeutig eine Chance in Handelsabkommen.

Seit 2012 gibt es konkrete Verhandlungsschritte, zum Teil sehr erfolgreiche. Das Ziel Japans ist es, damit der wirtschaftlichen Stagnation in Japan ein Ende zu bereiten, konkret geht es um den Abbau von tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnissen von Gütern und Dienstleistungen und den Zugang zu öffentlichen und privaten Auftragsvergaben, also public procurement, sowie die Gleichbehandlung bei Investitionen.

Hier der Effekt auf das Wirtschaftswachstum Europas: Im Fall einer ambitionierten Umsetzung – und hier ist immer wieder der Schwerpunkt auf „ambitioniert“ gewesen, etwas schwächer als im Fall von T-TIP – also etwa für uns in Europa 0,6 bis 0,8 % des BIP jährlich. Damit das alles allerdings stattfinden kann, muss es rasch gehen, das heißt, Japan weist darauf hin, es müsste eigentlich bis zum Jahr 2015 eine endgültige Lösung dazu geben. Hier gab es auch eine Zustimmung von der EU-Seite.

In den Augen der Japaner ist das Europa-Abkommen ebenso wichtig wie TPP, das ist Transpacific Partnership. Das müssen wir uns vor Augen halten, was sich in diesen Regionen abspielt.

Es handelt sich um die Einbindung in eine sich sehr rasch entwickelnde Freihandelszone im asiatisch-pazifischen Raum, der, wenn dieser Prozess abgeschlossen ist, 21 Länder umfassen wird neben den derzeitigen Partnern Neuseeland, Singapur, Chile, Brunei, auch Australien, USA, Peru, Japan, Canada, Malaysia, Mexiko, Vietnam, Süd-Korea, und ich höre hier auf, weil Sie

ganz einfach sehen, dass es weltumspannend und sehr ambitiös ist.

Die Entwicklung von Freihandelsabkommen läuft parallel, derzeit parallel zu WTO-Verhandlungen, also Welthandelsabkommen, also Verhandlungen; es wird versucht, Standards zu setzen, die mit den Anforderungen der WTO kompatibel sind, so dass sie schlussendlich in die WTO, die als Dachorganisation fungieren kann, eingegliedert werden können. Eine Stärke der WTO wird vor allem in dem anspruchsvollen System oder Mechanismus der Lösung von Streitfällen gesehen, also dispute settlement, und daher muss das die übergeordnete Struktur sein.

Herausforderungen in der Harmonisierung von Standards liegen vor allem in den unterschiedlichen Maßnahmen der diversen Länder, Konsumenten und Konsumentinnen zu schützen beziehungsweise Sicherungsvorkehrungen zu treffen. Beispiele dazu kamen aus dem Auditorium, zum Beispiel aus der Autobranche, wo in den USA andere Crash-Tests vorgeschrieben sind als in Europa, was insgesamt zu einer Verteuerung der Autoproduktion und des Preises für Autos kommt.

Ein weiteres Beispiel kam aus dem Auditorium, und zwar das Beispiel des Tourismus, wo Feuerschutzvorkehrungen in den Hotels in den USA „Sprinkler“ sind, also Wassersprüher, wenn man so will, und in Europa sind es Rauchsensoren. Zu bedenken ist, wenn die eine Maßnahme der anderen vorgezogen wird, bedeutet das einen Gewinn für den Produzenten des einen Systems und einen Verlust für den anderen, und da für die KMU, nur um zu verdeutlichen wie differenziert man hier auch hinschauen muss.

Zur Abrundung wurde der Blick noch auf andere Regionen gerichtet, und zwar im Hinblick auf die geografische Lage Europas, insbesondere auch der Raum der MENA – Middle East and North Africa, die für Europa von besonderer Bedeutung sind und nicht zuletzt eben, weil wir so positioniert sind. Hier gibt es allerdings noch keine Intentionen zur Eröffnung von Freihandelsgesprächen. Diese Regionen der Welt stehen in einer politischen und sonstigen Konfliktlage.

Was die Situation im Osten Europas anbelangt, vielleicht müssten wir auch dort genauer hinschauen. Hier sehen wir den Beginn eines eurasischen Handelsabkommens, besonders hervorgehoben worden von Japan. Die derzeitige Zollunion zwischen Russland (Belarus, also Weißrussland) und Kasachstan

könnte und sollte noch vertieft und ergänzt werden, und die Ukraine könnte oder ist an der Schnittstelle zwischen der EU und diesem Wirtschaftsraum zu sehen und könnte – wenn mitgedacht – eine Brücke sein, die für beide Seiten sinnvoll und politisch stabilisierend wirken könnte.

Zum Abschluss möchte ich noch eine Teilnehmerin zitieren, die angesichts der anstehenden Herausforderungen meinte: „If you do not sit down at the table you might end up on the plate.“

Und in diesem Sinne möchte ich noch eine Sache sagen, es war auch sehr erfreulich, Vertreterinnen von einem Gymnasium, dem Zwettler Gymnasium, dabei zu haben. Wir hatten im Anschluss an die Diskussionen wirklich interessante Gespräche, eine sehr interessierte Jugend, und das hat mich wahnsinnig gefreut, und ich möchte das hiermit auch sagen.

Danke!

Arbeitskreis 4

„25 Jahre Umbruch – Was wurde aus den großen Erwartungen?“

Vorsitz: Dr. Martin Eichinger

Botschafter, Leiter der Kulturpolitischen Sektion,
Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, Wien

Berichterstattung: Mercedes Echerer

Künstlerin, Moderatorin und ehem. Abgeordnete, Wien

Prof. Lendvai

Damit kommen wir nahtlos zum Arbeitskreis 4.

Mercedes Echerer!

Mercedes Echerer

Danke vielmals, lieber Paul,
guten Morgen geschätzte Damen, geschätzte Herren,

ich erlaube mir, zwei Themen, die vor und nach dem Panel diskutiert wurden, trotzdem kurz zu erwähnen. Sie waren nicht direkt auf dem Panel.

Ersteres, unser Mitgefühl und unsere Solidarität mit der serbischen Bevölkerung. Gerade hier in Niederösterreich wissen wir aus den letzten 12, 13 Jahren wie es ihnen jetzt wohl gehen muss und dass es wichtig ist, dass wir Solidarität nicht nur bekunden in Worten, sondern auch in Taten. Wir sind ja schon dort und helfen auch vor Ort, das beruhigt das Gewissen, aber trotzdem sind wir im Geiste jetzt auch mit der serbischen Bevölkerung.

Der zweite Punkt, der auch vor und nach dem Panel Diskussion war, ist, dass Bildung wahrscheinlich jener Bereich ist, der mit allen Lebensbereichen in direkter Verbindung steht und daher an erster Stelle, an prioritärer Stelle stehen sollte für alle Mitgliedsländer und auch für die Europäische Union. Es geht hier nicht um Vereinheitlichung von Bildung sondern um Bedeutung von Bildung und – wichtige Nebenbemerkung – Ethik sollte genauso wie politische Bildung an allen Schulen verpflichtend angeboten werden.

Das war vor und nach dem Panel.

Am Panel selber hat Herr Durkot zuerst einen kleinen Abriss gegeben der Entwicklungen in der Ukraine, hat erzählt, was vor 1989/90 so wesentlich und wichtig war, die Entwicklung der Parallelwelten zwischen der politischen Gesellschaft und der Kunst und Kultur. Diese Entwicklung der Parallelwelten ist nach wie vor heute da. Man nennt es vielleicht jetzt nicht Parallelwelten, sondern Subkultur, und hier möchte ich etwas zitieren: Die besten Häuser sind oft die kleinen Theater, die nur durch Spenden und Sponsoring sich von einer Produktion zur anderen hanteln können. Die Selbstdarstellung bei internationalen großen Events, wie zum Beispiel Buchmessen, zeigen ein völlig falsches Image von der Realität in der Ukraine. Die Distanz zwischen Kunst und Staat führt oft zu einer sehr großen Kreativität bei den Protestformen, und hier sei eine davon erwähnt: ein fiktiver Anruf an Putin durch die breite Bevölkerung, alle konnten Herrn Putin anrufen. Der Protest erlebt dort sehr kreative Entwicklungen.

Letztendlich wird das Land in erster Linie durch die Literaten repräsentiert und auch durch andere Kunstformen, aber letztendlich durch Kunst und Kultur.

Professor Sinani hat auf die Bedeutung der Entwicklung des Citoyens hingewiesen und gleichzeitig auf den Aufbau und den Erhalt starker Institutionen, die die Demokratie kontrollieren können.

Auf die Frage, ob seit 1989/90 die ehemaligen COMECON-Staaten in der Freiheit angekommen sind, ein deklariertes unisono „nein“! Es braucht Zeit. Vielleicht erinnern wir uns daran, dass auch die Gründerländer der Europäischen Union kein Demokratie-Gen in sich tragen, auch sie haben sehr lange gebraucht.

Die österreichischen Teilnehmer Tomas Zierhofer-Kin und Joachim Bißmeier haben sehr, sehr persönlich berichtet. Joachim Bißmeier hat seine vorbereitete – wie er sagt – feuilletonistische Rede ad acta gelegt, er wollte kurz berichten über die Arbeit am Burgtheater vor 1989/90, mit wie viel moralischem Speed eigentlich damals Österreich zum Beispiel Stücke von Walter Kohut herausgeschmuggelt hat, übersetzt hat und sie in Österreich zur Uraufführung gebracht hat.

Er hat das ad acta gelegt und berichtet von seiner wichtigsten Begegnung mit Václav Havel, der aufgrund seiner schweren Erkrankung aus dem Gefängnis vorübergehend entlassen wurde – aber unter der Bedingung, sich nicht politisch zu aktivieren. Dennoch wurde er ständig eingeladen, das war natürlich für ihn eine Zwickmühle, denn wenn er teilnimmt, ist er gleich wieder im Gefängnis (gleich wieder im Häf'n, wie man bei uns sagt), wenn er nicht teilnimmt, wird man sagen, er ist feig.

Er hat jedoch mit Bißmeier die ganze Nacht durchdiskutiert, das Stück kam in Österreich erfolgreich zur Premiere, und ein halbes Jahr später fuhr Bißmeier wieder nach Prag, und dort stand überall „Havel for President“. Unglaublich!

Aber, was ist danach passiert? Das Wort – um jetzt nur eine Sache herauszunehmen –, ein Wort wie „Kündigung“ war in jenen Regionen ein Fremdwort, die ganze Konsequenz dieses Wortes unbegreifbar, teilweise heute noch.

Dann hatte Frau Zdenka Becker ein Essay geschrieben, der beginnt mit den Worten, ungefähr so, „wir wollten neu anfangen und sind dieselben geblieben ...“. Zdenka ist es gelungen, für uns Menschen, die in Freiheit und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geboren wurden, ein paar Zeilen einzufangen, die an Hand eines Individuums stellvertretend für ein Volk, für einen Staat, für einen osteuropäischen Staat, für uns nachvollziehbar macht, dass 25 Jahre nicht

gereicht haben, um in der Freiheit anzukommen und auch eine Erklärung für uns nachvollziehbar, warum bei einzelnen Menschen, die doch nicht so wenige sind, die Sehnsucht nach der Mauer wieder aufkeimt, weil sie letztendlich eine Sehnsucht nach Sicherheit ist, die offensichtlich die Europäischen Union derzeit so nicht vermitteln kann.

Aus dem Publikum kamen immer wieder die Fragen, was ist denn schief gelaufen seit 1989/90, was haben wir falsch gemacht, was haben die Medien falsch gemacht?

Last but not least ist hier zusammenzuführen, Sprache ist ein wesentliches Instrument für die Integration, damit wir einfach miteinander reden können, denn das ist auch die zivile Aufgabe und Verantwortung von jedem Einzelnen von uns abseits der politischen Verantwortungen, und wenn das so wichtig ist und gleichzeitig in einem Land wie Österreich der Lehrgang für literarische Übersetzung beendet wird, stehen nur Fragezeichen im Raum und keine Erklärungen.

Auch Tomas Zierhofer, Leiter des Donaufestivals, sagt, er fühlt sich in der kroatischen, serbischen, montenegrinischen, albanischen, slowakischen und ungarischen Umgebung kulturell fast zu Hause, beheimatet, näher als zum Beispiel mit seinen Kollegen in Hamburg, obwohl er kein einziges Wort dieser Sprachen versteht, dennoch aber sind die meisten Events zu 95 % mit Kollegen aus dem so genannten Westen besetzt.

Also abseits der Sprache eine wichtige Bitte an die Politik, und auch eine Bitte um mehr Verständnis, Rahmenbedingungen zu schaffen, ist richtig und wichtig, aber man muss auch die Konsequenzen bedenken. Wenn man Kunst und Kultur Angebot und Nachfrage überlässt, wird nichts passieren. Wir müssen auch Motivation und Interesse etablieren, denn die Festivals sind für die Elite, was ist für den Alltag da?

Wenn wir voneinander nichts wissen, wenn wir die Probleme vom Nachbarn, nur weil eine Staatsgrenze dazwischen ist, nicht kennen, werden wir einander auch nicht wirklich näherkommen können, das heißt, das Desinteresse auch von wichtigen Institutionen, die die Möglichkeit haben, Kunst und Kultur aus Osteuropa der breiten Bevölkerung näherzubringen, sind in ihre Verantwortung

zu bringen und an sie zu erinnern.

Last but not least, die Sozialunion ist ein dringender Wunsch aller Teilnehmer des Panels, und ich erlaube mir, zum Abschluss zu sagen, ich glaube, wir waren mittendrin als Globalisierung, Digitalisierung und der Wegfall der Mauer nahezu gleichzeitig passiert ist und haben vielleicht unterschätzt, was diese drei großen Umwälzungen tatsächlich für unsere Gesellschaften bedeuten.

Es wird alles komplexer und die Menschen suchen nach Orientierung, nach einem roten Faden, nach Erklärungen, nach Führung. Wir alle wissen aus der Geschichte, der jüngeren wie der älteren, der Schritt zwischen Führung zu einem Führer ist ein ganz kleiner.

Daher meine Bitte an alle Anwesenden fernab ihrer politischen Verantwortungen, reden Sie mit den Menschen in Ihrer Umgebung. Es sind viele abzuholen, nur weil sie vielleicht nicht denselben Informationsstand haben wie Sie, lassen Sie sie teilhaben an Ihrem Wissen, dann haben wir vielleicht nächsten Sonntag nicht weniger, sondern vielleicht ein paar Leute mehr, die zur Urne gehen.

Danke!

Prof. Lendvai

Erfreulicherweise waren auch diesmal Schülerinnen und Schüler da und diskutierten. Ich möchte jetzt Stefan Holzer, Schulsprecher am Piaristen-Gymnasium Krems bitten, uns eine kurze Zusammenfassung der Diskussionen zu geben.

Stefan Holzer

Vielen Dank!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Bevor ich zu meinem eigentlichen Thema komme und kurz über „Jugend und Europa“ sprechen werde, möchte ich mich sehr bedanken. Unser Dank, und ich glaube, ich darf hier im Namen von allen hier anwesenden Schülerinnen und Schülern sprechen, gilt dem Organisations-Team des Europa-Forum Wachau, insbesondere Frau Landesrätin Schwarz, dass Sie uns die Chance gegeben haben, ein Wochenende lang hier in Göttweig Politik hautnah mitzuerleben, unsere

Meinung einzubringen und uns zu artikulieren.

Es wird immer viel geredet von der Miteinbeziehung der Jugend, doch Sie haben wirklich Taten gesetzt und uns eingeladen, zwei Tage lang hier Teil zu sein. Herzlichen Dank dafür!

Nun aber zu meinem eigentlichen Thema meines kurzen Statements: Europa aus unserer Sicht, Europa aus der Sicht der Jugendlichen und jungen Menschen. Um diese Sichtweise vielleicht ein bisschen besser verstehen zu können, möchte ich einen kurzen Blick in die Vergangenheit der Europäischen Union werfen.

Wie Sie sicherlich wissen, wurde jenes Staatenbündnis, das uns heute als EU bekannt ist, im Jahr 1951 als Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl gegründet. Damals, kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges, war das primäre Ziel der Frieden. Mittlerweile erleben wir in Österreich und in großen Teilen Europas die längste Friedensperiode seit Jahrhunderten. Frieden ist für unsere Generation zur Selbstverständlichkeit geworden.

Infolgedessen wird die EU von uns Jugendlichen nur noch sekundär als friedensschaffendes Bündnis wahrgenommen. Auch sind für uns Begriffe wie „Kalter Krieg“, „Eiserner Vorhang“ oder „geschlossene Grenzen“ nur noch Dinge, die wir vielleicht aus dem Geschichtsunterricht kennen oder aus Erzählungen unserer Eltern und Großeltern.

Das ist der springende Punkt wie ich meine. Wir betrachten Europa unter ganz anderen historischen, gesellschaftlichen und auch politischen Voraussetzungen als etwa Gleichaltrige vor fünfzig Jahren. Für uns repräsentiert die Europäische Union andere Werte als früher. Diese zu definieren, ist wohl ein Ding der Unmöglichkeit. Ich versuche nur, ein paar Beispiele zu nennen.

Während ein Jugendlicher heute, der viel reist, wohl am meisten die unkomplizierte Art eine Grenze zu passieren und die einheitliche Währung am meisten schätzt, bedeutet die EU für einen anderen Jugendlichen, einen Studenten, die Möglichkeit, ein Auslandssemester im Rahmen von Programmen wie etwa Erasmus oder Comenius zu absolvieren, auch wenn diese Systeme lange noch nicht ausgereift sind.

Was aber in Zukunft, und ich glaube, das ist wirklich essentiell für den Fortbestand der EU, wichtig ist und gerade bei uns Jugendlichen gestärkt werden sollte, ist ein Wir-Gefühl, ein kollektives Wir-Gefühl. Sich selbst nicht nur als Österreicher, als Niederösterreicher zu bezeichnen, sondern auch als Europäer und auch einmal stolz auf unsere Europäische Union zu sein und sich mit ihr identifizieren zu können.

Jene Werte werden in Zukunft, auch wenn es vielleicht keine Vereinigten Staaten von Europa gibt, denke ich, wichtig sein, maßgeblich sein, um die Europäische Union zu stärken und auch zu erhalten.

Ein zweiter Punkt, den ich auch kurz ansprechen möchte, ist das oftmals unterstellte Desinteresse von Jugendlichen an der Politik, sei es nun auf nationaler Ebene oder eben auch auf europäischer. Oftmals wird eben uns Jugendlichen jegliches Interesse an Innenpolitik, geschweige denn EU-Politik zugestanden. Diese Verallgemeinerung kann ich und will ich auch nicht so unkommentiert stehen lassen.

Es mag zwar stimmen, dass manche Jugendliche nicht sehr interessiert sind an der Politik, aber ich denke, das ist in jeder Altersklasse so, dass gewisse Menschen sich mehr oder weniger interessieren.

Es gibt aber auch einen sehr großen Teil der Jugendlichen – laut der Bildungsstudie aus dem Jahr 2010 sind es 40 % der 15- bis 24-Jährigen –, die von sich persönlich sagen, dass sie politikinteressiert sind. Zudem gibt es jetzt auch besonders in Vorbereitung auf die EU-Wahl zahlreiche Veranstaltungen von Schülern für Schüler. Ich möchte nur kurz die Initiative „...“ erwähnen, die versucht, Jugendliche dazu zu bewegen, zur Wahl zu gehen, sich für Europa zu interessieren.

Im Rahmen dieser Kampagne gibt es zahlreiche Podiumsdiskussionen, Veranstaltungen mit EU-Parlamentariern, die wirklich versuchen, die EU für die Jugendlichen und Schülerinnen und Schüler ein Stück weiter in ihre Nähe zu bringen und handfester zu machen.

Ich kann Sie auch gerne einladen, nehmen Sie an einer Diskussion in unserer Klasse teil, Sie werden überrascht sein wie unterschiedlich die Meinungen zur

EU sind, Frau Landesrätin Schwarz war erst vor kurzem bei uns, wie unterschiedlich Meinungen sein können, wie unterschiedlich Positionen sein können, wie hochpolitisiert teilweise auch Schüler in unserem Alter sind.

Ich habe in unserer Klasse vom glühenden EU-Anhänger bis zum EU-Gegner, der am liebsten zum Schilling zurückkehren würde, alles vertreten. Dabei kommt die vehemente vollends überzeugte Vertretung seiner eigenen Überzeugung nicht von irgendwo her, sondern ich denke, das zeugt von einem wahren Interesse an der EU.

Abschließend möchte ich noch kurz an Sie appellieren, versuchen sie, sich vielleicht auch öfters in uns Jugendliche hineinzusetzen, unsere Bedürfnisse, unsere Vorstellungen, unsere Meinungen zu berücksichtigen und einen Schritt auf uns zuzukommen sowie wir genau diesen Anspruch auch genauso an uns selbst richten müssen.

Wir leben in einem gemeinsamen Land, in einem gemeinsamen Europa, das nur funktionieren kann, wenn wirklich alle an einem Strang ziehen und für dieses gemeinsame Europa kämpfen.

Danke schön!